

Bund dämpft Strompreis, Burger King in der Vegan-Krise, Ein Fünftel der Deutschen von Armut betroffen

Bund dämpft Strompreis

Der Bund dämpft in einem ersten Schritt im Kampf gegen rasant steigende Energiepreise die Stromtarife mit Milliarden-Hilfen. Knapp 13 Milliarden Euro würden zugeschossen, um die Gebühren von Haushalten und Industrie für die Nutzung der Übertragungsnetze auf aktuellem Niveau zu stabilisieren, bestätigte Wirtschaftsminister Robert Habeck am Mittwoch (05.10.2022) eine Meldung der Nachrichtenagentur Reuters. Ohne die Hilfe hätten sich die Entgelte verdreifacht. Die Netzbetreiber hatten zuvor erklärt, dass die Gebühren bei gut drei Cent bundesweit einheitlich bleiben. Bei Haushaltskunden schlagen die Kosten für die Übertragungsnetze mit etwas unter 10 Prozent des Gesamtstrompreises zu Buche. Bei Industriekunden etwa aus der Chemie- oder Stahlbranche sind es bis zu einem Drittel. Neben den ohnehin stark gestiegenen Basis-Strompreisen zeichneten sich zuletzt rasant steigenden Netznutzungskosten ab. ([Manager Magazin](#))

Burger King in der Vegan-Krise

Eigentlich lief es in der Vergangenheit gut für Burger King: Für fast jeden fleischhaltigen Burger hat das Unternehmen eine fleischlose Alternative im Angebot, fünf Produkte bekamen vor einem Jahr das V-Label als Gütesiegel, ein veganer Burger wurde von der Tierrechtsorganisation Peta ausgezeichnet. Diesen Sommer eröffnete sogar eine komplett vegane Filiale der Kette am Wiener Bahnhof. Nun hat das Investigativ-Team um Günter Wallraff einen Skandal aufgedeckt. Immer wieder kämen

bei Burger King fleischlose Produkte mit fleischhaltigen in Kontakt, teils landeten sie in denselben Wärmebehältern und Fritteusen. Die beiden Produktlinien seien leicht zu verwechseln, vielen Mitarbeitern sei es aber auch egal. Und wenn die vegane Version gerade nicht greifbar sei, lande halt mal doch ein Chickenburger mit Huhn zwischen den Brötchenhälften. Wie geht es nun weiter? Mehr dazu hier. ([Spiegel Online](#))

Ein Fünftel der Deutschen von Armut betroffen

Ein Nettoeinkommen von unter 16.300 Euro bleibt einem Fünftel der Deutschen im Jahr. Rund 40 Prozent hatten 2021 ein sogenanntes Nettoäquivalenzeinkommen von unter 22.000 Euro, teilte das Statistische Bundesamt am Mittwoch (05.10.2022) mit. Überdurchschnittlich oft vertreten in den unteren Einkommensgruppen waren Alleinerziehende und Haushalte mit zwei Erwachsenen und mindestens drei Kindern. Auch Alleinlebende sind oft betroffen. 53,2 Prozent von ihnen hatten weniger als 22.000 Euro netto im Jahr. Knapp ein Drittel von ihnen musste mit weniger als 16.300 Euro auskommen. 2021 waren außerdem 3,7 Prozent der Bevölkerung im Zahlungsverzug bei Versorgungsbetrieben, wie die Statistiker weiter mitteilten. Gerade Menschen mit niedrigem Einkommen fühlten sich durch die aktuellen Krisen besonders belastet. ([Der Tagesspiegel](#))